



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

29. März 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,
die SPD hat im Saarland ihr Ziel nicht erreicht: Wir sind nicht wie erhofft die stärkste politische Kraft geworden – auch wenn wir nach einer beeindruckenden Aufholjagd fast 11.000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl hinzugewinnen konnten. Der Wahlausgang hat uns **enttäuscht, aber keinesfalls entmutigt**.

Die SPD-Bundestagfraktion hat den festen Willen, bis zum Ende der Legislaturperiode wichtige Vorhaben voranzubringen, die das Leben der Menschen konkret verbessern. Vieles haben wir bereits durchgesetzt: z. B. den Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente. **Wir kämpfen aber für mehr:** Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung, die Solidarrente, mehr Mieterrechte und die Begrenzung von Managergehältern. Diese Vorhaben stoßen derzeit auf den Widerstand der Union und sind deshalb Gegenstand des Koalitionsausschusses am heutigen Abend. Fest steht: Was wegen einer **Blockade der Union** in dieser Legislaturperiode nicht durchgehen sollte, das setzen wir mit einem Bundeskanzler Martin Schulz um!

Am 25. März jährte sich zum 60. Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge. Damit begann der **europäische Einigungsprozess**, der im Augenblick etwas ins Stocken geraten ist. Die Erfolge treten angesichts erstarkender nationalistischer Tendenzen in den Hintergrund, weil sie für selbstverständlich gehalten werden: Reisen ohne Visum oder Arbeiten in einem EU-Land, ohne vorher eine Genehmigung einzuholen. Der größte und wichtigste Erfolg: Frieden. Ermöglicht hat dies der Entschluss der europäischen Staaten, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, um Krieg in Europa auf Dauer zu verhindern. Streit wird nicht mehr auf Schlachtfeldern ausgetragen, sondern zivilisiert nach einem festgelegten Regelwerk beigelegt. Dafür haben die Gründungsmitglieder einen Teil ihrer **Souveränität an gemeinsame Institutionen** übertragen.

In vielen europäischen Städten haben tausende Menschen für Europa demonstriert. Ein gutes Zeichen. Insbesondere freut mich, dass die Bürgerinitiative [pulse of europe](#) unabhängig von politischen Organisationen entstand und in kürzester Zeit sehr viele Menschen mit dem Selbstverständnis mobilisierte: „Wir sind nicht gegen etwas, sondern für etwas. Es ist nicht die Zeit der Proteste. Es ist Zeit, für die **Grundlagen unserer Wertegemeinschaft** im positiven Sinne einzustehen.“

Der nächste Rundbrief erscheint erst nach Ostern. Deshalb wünsche ich schon vorab frohe Ostern und schöne und erholsame Feiertage.

Euse / ihre Brigitta Zypries



Demonstration auf dem Gendarmenmarkt in Berlin am 25. März 2017



SPD fordert „Ehe für alle“

Wir wollen, dass künftig alle Paare eine Ehe eingehen dürfen, die das möchten: egal ob Mann und Frau, Frau und Frau oder Mann und Mann.

In 14 EU-Staaten ist das längst schon Realität. Es ist höchste Zeit, dass auch bei uns endlich die gleichen Rechte für gleichgeschlechtliche Paare gelten. Die **Union weigert sich** aber bisher, einer hierfür notwendigen Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch zuzustimmen, obwohl 83 Prozent der Deutschen für die **vollständige Gleichstellung homosexueller Paare** sind. Und 75 Prozent sprechen sich dafür aus, dass auch gleichgeschlechtliche Paare das Recht haben sollten, Kinder zu adoptieren. Die Große Koalition hat zwar auf unseren Druck hin über 100 diskriminierende Einzelregelungen beseitigt, aber die "Ehe für alle" geht der Union zu weit.

Wir fordern: Die Union muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen!

Rechtliche Voraussetzungen für automatisiertes Fahren schaffen

Wer in diesem Jahr die Cebit besucht hat, konnte sich auf dem Messegelände mit selbstfahrenden Bussen chauffieren lassen. Damit das **hoch- und vollautomatisierte Fahren** auch im öffentlichen Straßenverkehr grundsätzlich möglich wird, schafft der Bundestag in dieser Woche dafür die rechtlichen Voraussetzungen.

Am 30. März berät das Parlament abschließend den Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Darin wird definiert, ab welcher technischen Ausrüstung es sich um automatisiertes Fahren handelt und wie dann das Zusammenwirken zwischen dem automatisiert fahrenden Fahrzeug und dem Fahrer funktioniert. Es wird Klarheit für die Fahrer geschaffen. So darf sich ein Fahrer explizit vom Verkehrsgeschehen abwenden und dem System die Steuerung übergeben, sofern er wahrnehmungsbereit bleibt. Das Fahrzeug muss dem Fahrer mit ausreichender Zeitreserve anzeigen, dass er das Steuer übernehmen muss. **Der Fahrer bleibt der Fahrer – auch rechtlich gesehen.** Er wird als solcher nicht durch seine Systeme ersetzt. Dies wäre erst beim autonomen Fahren der Fall, bei dem es keinen Fahrer mehr gibt.

Zwar liegt beim vollautomatisierten Fahren im Falle eines Unfalles die Haftung weiterhin beim Fahrzeughalter, doch wenn das Fahrzeug nachweislich bei hoch- und vollautomatisierter Fahrfunktion einen Unfall verursacht hat, ohne dass der Fahrer aufgefordert wurde, das Steuer zu übernehmen, muss der Hersteller letztendlich über das **Produkthaftungsrecht** (eingefordert über die Haftpflichtversicherung des Halters) etwaige Schadenskosten tragen.

Um nachweisen zu können, zu welchem Zeitpunkt das Auto vollautomatisch gesteuert wurde, wird diese Steuerung aufgezeichnet. Dabei haben wir auch im Bereich des Datenschutzes vielfältige Verbesserungen eingearbeitet. Es werden nur die nötigsten Daten zum Nachweis gespeichert. Anfangs ist der Einsatz automatisierter Systeme beispielsweise auf Autobahnen vorstellbar. Die Erfahrungen werden die Digitalisierung im Verkehrsbereich voranbringen.

Autonomes Fahren, also Fahren ganz ohne Fahrer, gilt als die Königsdisziplin der Digitalisierung. Die Anforderungen an die Sicherheit sind enorm. Für deutsche Unternehmen hat diese Technologie größte Bedeutung. Das zeigt sich auch an der Zahl der Patentanmeldungen. Von den seit 2010 weltweit angemeldeten Patenten im Bereich autonomes Fahren stammen 58 Prozent aus Deutschland. Aber auch für die Menschen bringt die Technologie Vorteile. Menschen ohne Führerschein auf dem Land zum Beispiel wären mobiler als mit dem herkömmlichen Angebot an öffentlichem Personennahverkehr.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Bilder:

Daniel Becker, Lina Kramer

e-Government: Zugang zu digitalen Daten des Bundes wird verbessert

Eine Forderung der Digitalen Agenda der Bundesregierung wird jetzt endlich umgesetzt. Das e-Government-Gesetz soll so geändert werden, dass Daten, beispielsweise **Verkehrs-, Geo- oder Wetterdaten**, die von Bundesbehörden zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erhoben wurden, allen Interessierten **kostenlos, frei und maschinenlesbar** zur Verfügung gestellt werden. Das war zwar schon vorher teilweise so, mit der Gesetzesänderung soll das aber nun zum Regelfall werden. Diese Daten können dann von jedem eingesehen und genutzt werden. Das soll die Grundlage für Innovationen und neue Geschäftsmodelle schaffen, um aus der wertvollen Ressource Open Data – dem „neuen Öl“ – einen **ökonomischen Nutzen** ziehen zu können. Studien sehen ein wirtschaftliches Potential von mehreren Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft. Momentan bieten viele europäische Staaten ihre Open Data der Öffentlichkeit an. Die Bundesregierung will eine **Vorreiterrolle** einnehmen. Die Veröffentlichung dieser Daten soll auch die Zusammenarbeit von interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit den Behörden fördern, indem behördliches Handeln transparenter und nachvollziehbarer wird.

Fahrverbot für laute Güterwagen ab 2020

Menschen, die an viel befahrenen Bahnstrecken leben, kennen das Problem. Rollt ein Zug mit alten Güterwagen über die Gleise, steigt der Lärmpegel so an, dass er als schädliche Umwelteinwirkung zu qualifizieren ist. Nachts, wenn die meisten Güterzüge unterwegs sind, ist der Lärm an Strecken durch dicht bebauete Wohngebieten für die Anwohner oft unerträglich. Für Menschen, die nachts permanent solchem Lärm ausgesetzt werden, sind die **Risiken gesundheitlicher Beeinträchtigungen** signifikant erhöht.

Schuld sind die alten Graugussbremsen, die die Räder unruhig schleifen, wodurch die Räder auf den Schienen eher rumpeln als rollen. Seit vielen Jahren unterstützt und fördert die Bundesregierung die Umrüstung von alten Güterwagen mit **neuen Flüsterbremsen**, die den Lärm des Güterverkehrs auf der Schiene beträchtlich reduzieren können. Am Donnerstag berät nun der Bundestag abschließend ein Gesetz, das lauten Güterwagen, die noch nicht mit den neuen Flüsterbremsen ausgerüstet sind, **ab dem Fahrplan 2020/2021 verbietet**, das deutsche Schienennetz zu befahren. Damit werden die Schallemissionen im Schienengüterverkehr ab 2020 auf das Maß begrenzt, das von leisen Güterwagen mit Verbundstoff-Bremssohlen oder Scheibenbremsen eingehalten wird.